



HESSEN

Bericht aus Brüssel

09/2026 vom 20.05.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel

Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13

E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	5
Energie.....	5
Digital.....	6
Forschung.....	7
Finanzdienstleistungen.....	7
Finanzen.....	8
Soziales.....	8
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	9
Landwirtschaft und Umwelt.....	10
Justiz.....	10
Inneres.....	11
Vorschau.....	12

Rat; 20. Sanktionspaket gegen Russland

Am 23.04.2026 hat der Rat das 20. Paket restriktiver Maßnahmen gegen Russland angenommen. Die enthaltenen Wirtschaftssanktionen zielen vor allem auf Schlüsselsektoren Russlands ab, die den Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen. Die Sanktionen richtet sich unter anderem gegen Energieeinnahmen, den militärisch-industriellen Komplex sowie Handels- und Finanzdienstleistungen, einschließlich Kryptowährungen.

<https://eur-lex.europa.eu/oj/daily-view/L-series/default.html?ojDate=23042026>

Rat; Tagung Europäische Politische Gemeinschaft

Die Europäische Politische Gemeinschaft tagte am 04.05.2026 mit Staats- und Regierungschefs aus ganz Europa in Eriwan (Armenien). Thematisiert wurden vor allem Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit und die Koordinierung von Maßnahmen, um die Widerstandsfähigkeit der Demokratie in Europa zu stärken, die Vernetzung voranzutreiben und die Wirtschafts- und Energiesicherheit zu verbessern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2026/05/04/epc/>

Rat; erster Gipfel zwischen Armenien und der EU

Am 05.05.2026 fand in Eriwan (Armenien) der erste Gipfel zwischen der EU und Armenien statt. Mit dem Gipfel sollen vor allem die bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Konnektivität, Sicherheit, Verteidigung, Energie, Verkehr und Digitales weiter gestärkt werden. Auf dem Gipfeltreffen wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der das Engagement der EU bekräftigt wird, die Beziehungen zu Armenien weiter zu stärken und die Souveränität, Widerstandsfähigkeit sowie die umfassende Reformagenda Armeniens zu unterstützen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8799-2026-INIT/en/pdf>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des EP vom 27.-30.04.2026 in Straßburg

EU-Haushalt 2028-2034: Abstimmung über neuen Finanzrahmen

Am 28.04.2026 legte das EP seine Verhandlungsposition für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 fest. Das EP beschloss seine Position mit 370 Jastimmen, 201 Neinstimmen und 84 Enthaltungen. Das EP fordert darin einen EU-Haushalt von 2,01 Billionen EUR in laufenden Preisen – rund zehn Prozent mehr, als die Kommission vorgeschlagen hat. Die Schulden aus den Wirtschaftshilfen während der Coronapandemie sollen außerhalb der Haushaltsobergrenzen zurückgezahlt werden. Höhere Beiträge von den Mitgliedsländern soll die EU nicht erheben, stattdessen fordert das EP neue EU-Steuern – darunter eine Digitalabgabe, eine Abgabe auf Online-Glücksspiele und eine Abgabe auf Gewinne aus Kryptotransaktionen. Nach Ansicht der MdEP muss auch der nächste Langzeithaushalt der EU ein Investitionsinstrument sein. Er sollte die EU-Politik, die Bürgerinnen und Bürger, die Regionen, die Unternehmen und die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unterstützen und zugleich für EU-Mehrwert im Vergleich zu den Ausgaben der Mitgliedstaaten sorgen. Das EP ist gegen jede Form der Renationalisierung. Es lehnt einen differenzierten Ansatz („à la carte“) ab und warnt, dass das Modell der Kommission („ein Plan pro Mitgliedstaat“) die EU-Politik schwächen, die Transparenz beeinträchtigen und Wettbewerb unter den Begünstigten auslösen könnte. Die MdEP fordern eine starke und angemessen finanzierte Politik mit klarer Mittelzuweisung für Maßnahmen im Rahmen der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne. Das betreffe z. B. die Gemeinsame Agrarpolitik und die Fischereipolitik, aber auch die Strategie für Gebiete in äußerster Randlage, die Kohäsionspolitik, den Europäischen Sozialfonds und den Bereich

Inneres. Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sollten umfassend in die Planung und Durchführung der Programme einbezogen werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0111_DE.html

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 27.04.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei wurden folgende Meinungsaustausche geführt: „Eine EU-Agenda für Städte: Wachstum und Wohlstand fördern“ sowie „Vereinfachung der technischen Anforderungen und der Prüfverfahren für Kraftfahrzeuge“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2236935&meetingSessionId=2296857>

AdR; Sitzung der deutschen AdR-Delegation

Am 06.05.2026 fand eine Sitzung der deutschen AdR-Delegation, in der die 24 deutschen Mitglieder im AdR vertreten sind, in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union statt. Es begrüßten Frau Staatssekretärin Karin Müller und der Leiter der Delegation Herr Thomas Schmidt, MdL. In der Sitzung wurde ein Meinungsaustausch mit Herrn MdEP Siegfried Mureşan (EVP/ROM) zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2028 – 2034 geführt. Die deutsche AdR-Delegation trifft sich üblicherweise vor Beginn der jeweiligen Plenarsitzung des AdR in einer der Vertretungen der Länder. Es handelte sich um die erste Sitzung der Delegation in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union.

AdR; 171. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Am 06./07.05.2026 fand in Brüssel die 171. AdR-Plenarsitzung statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Es wurden über folgende Stellungnahmen und Entschlüsse abgestimmt: „Zukunft der Entwicklung des ländlichen Raums nach 2028“, „Verordnung über den Fonds für nationale und regionale Partnerschaftspläne (NRPP-Fonds)“, „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, einschließlich für die Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg), und Kohäsionsfonds“, „Leistungsrahmenverordnung Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum“, „Programm Erasmus+ für den Zeitraum 2028–2034“, „AgoraEU“, „Verordnung zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2028–2034, „Horizont Europa“ – 10. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation“. „Vereinfachung der Verwaltung im Bereich des Umweltrechts“, „Wirksame Strategien zum Schutz von Menschen und Natur vor Lärm“, „EU-Bevorratungsstrategie: Stärkung der materiellen Krisenvorsorge der EU“, „Strategie für medizinische Gegenmaßnahmen“, sowie „Vereinfachung im digitalen Bereich und die Strategie für eine Europäische Datenunion“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2232241&meetingSessionId=2292236>

Wirtschaft

Kommission; strategische Partnerschaft zwischen EU und USA zu kritischen Mineralien

Am 23.04.2026 haben die EU und die USA eine strategische Partnerschaft zu kritischen Mineralien vereinbart. Nach Angaben der Kommission sollen damit die Zusammenarbeit entlang der Lieferketten kritischer Mineralien vertieft, Investitionen erleichtert und die Versorgungssicherheit bei zentralen Rohstoffen für die grüne und digitale Transformation verbessert werden. Die Vereinbarung umfasst ein Memorandum of Understanding sowie

einen gemeinsamen Aktionsplan und soll die wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz der EU stärken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_862

Kommission/EP/Rat; Roadmap „One Europe, One Market“ bis Ende 2027 vereinbart

Am 24.04.2026 haben das EP, die Kommission und die zyprische Ratspräsidentschaft die Roadmap „One Europe, One Market“ unterzeichnet. Die Vereinbarung soll einen klaren Pfad zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und langfristigem Wachstum in der EU vorgeben. Vorgesehen sind konkrete Zeitziele für Legislativvorschläge und politische Einigungen bis Ende 2027, regelmäßige Fortschrittsüberprüfungen sowie eine klare Zuordnung institutioneller Zuständigkeiten. Die Roadmap soll die Umsetzung zentraler Binnenmarkt- und Wettbewerbsprioritäten beschleunigen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/04/24/european-institutions-agree-roadmap-to-achieve-one-europe-one-market-by-end-of-2027/>

V e r k e h r

Kommission; Aufforderung zur Stellungnahme zur Initiative der Kommission zur EU-Luftfahrtbranche und luftfahrttechnischen Industrie

Am 23.04.2026 hat die Kommission eine Aufforderung zur Stellungnahme zu den Arbeiten der Kommission an einer neuen Luftfahrtstrategie samt Luftfahrttechniksektor veröffentlicht. Die Strategie soll einen umfassenden Rahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Dekarbonisierung des europäischen Luftfahrt- und Luftfahrtindustriesektors schaffen. Zugleich will die Kommission die strategische Autonomie und industrielle Führungsfähigkeit Europas stärken, Investitionen in Innovation mobilisieren und die grüne sowie digitale Transformation des Sektors voranbringen. Weitere Schwerpunkte sind die Sicherung der Konnektivität in der EU, die Aufrechterhaltung hoher Sicherheitsstandards sowie die Stärkung der Krisen- und Reaktionsfähigkeit des Sektors. Die Frist zur Stellungnahme endet am 21.05.2026.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/commission-seeks-feedback-new-eu-aviation-and-aeronautics-strategy-2026-04-24_en

Kommission; Veröffentlichung zentraler Umsetzungsdokumente zur „ReFuelEU Aviation“-Verordnung

Am 23.04.2026 hat die Kommission zentrale Umsetzungsdokumente zur „ReFuelEU Aviation“-Verordnung veröffentlicht, darunter die Listen der betroffenen Flugkraftstofflieferanten und Unionsflughäfen für den Berichtszeitraum 2026. Die Verordnung soll die Nutzung nachhaltiger Flugkraftstoffe in der EU schrittweise erhöhen und so einen Beitrag zur Dekarbonisierung des Luftverkehrs leisten. Vorgesehen ist, dass Flugkraftstofflieferanten den Anteil nachhaltiger Flugkraftstoffe an EU-Flughäfen stufenweise anheben, während Luftfahrtunternehmen Vorgaben zur Betankung an Unionsflughäfen einhalten müssen und Flughäfen die hierfür notwendige Infrastruktur bereitstellen sollen. Die Kommission unterstreicht damit den Beginn der praktischen Umsetzung der neuen EU-Vorgaben für einen nachhaltigeren Luftverkehr.

https://transport.ec.europa.eu/transport-modes/air/environment/refueleu-aviation_en

E n e r g i e

Kommission; Vorlage des „Citizens’ Energy Package“ zur Entlastung von Haushalten

Am 30.04.2026 hat die Kommission das „Citizens Energy Package“ vorgelegt. Es enthält Empfehlungen zum Schutz vulnerabler Verbraucher, zur Verbesserung von Transparenz und

Wettbewerb auf den Energiemärkten sowie zur Förderung von Energiegemeinschaften und Eigenversorgung. Flankiert wird das Paket durch einen Aktionsplan zu Energiegemeinschaften und einen Bericht zu marktbasierten Strompreisen. Die Kommission will damit Haushalte besser vor hohen Energiekosten schützen und ihre Rolle in der Energiewende stärken.

https://energy.ec.europa.eu/news/citizens-energy-package-helping-households-energy-transition-2026-04-30_en

Kommission; Start eines neuen Aufrufs über 600 Mio. EUR für grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte

Am 30.04.2026 hat die Kommission einen neuen Förderaufruf über 600 Mio. EUR für grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte gestartet. Der Aufruf betrifft erstmals Projekte der zweiten Vorhaben von gemeinsamem bzw. gegenseitigem Interesse (PCI/PMI) und umfasst Fördermöglichkeiten für Studien und Bauarbeiten. Ziel ist es, die Integration der Energiemärkte, die Versorgungssicherheit und den Ausbau grenzüberschreitender Energieverbindungen zu stärken. Nach Angaben der Kommission soll dies zugleich zu niedrigeren Energiekosten, mehr Wettbewerbsfähigkeit und einer besseren Einbindung erneuerbarer Energien beitragen.

https://energy.ec.europa.eu/news/eu-grants-worth-eu600-million-available-cross-border-energy-infrastructure-projects-2026-04-30_en?prefLang=de

D i g i t a l

Kommission; Die EU wird erster strategischer Partner der Globalen Koalition für Telekommunikation

Am 04.05.2026 fand in Ottawa, Kanada, ein Treffen der Global Koalition on Telecommunications (GCOT) statt. Zum ersten Mal nahm auch die Kommission teil, nachdem sie erster strategischer Partner der GCOT geworden ist. Bei GCOT handelt es sich um eine informelle, multilaterale Gruppe, die gemeinsam die weltweite Telekommunikationsinfrastrukturen sicherer, widerstandsfähiger und kooperativer gestalten möchte. Zu den GCOT-Mitgliedern zählen Australien, Kanada, FIN, Japan, SWE, GBR und die USA. Als strategischer Partner wird die EU an Diskussionen teilnehmen, zu Arbeitssträngen beitragen und Veröffentlichungen sowie Initiativen freiwillig unterstützen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/european-union-becomes-global-coalition-telecommunications-first-strategic-partner>

Kommission; EU-Japan Digital Partnership Council

Auf der vierten Tagung des EU-Japan Digital Partnership Councils in Brüssel einigten sich die EU und Japan darauf, die Zusammenarbeit bei Regulierung und Forschung in den Bereichen Daten, KI, Quantentechnik, Halbleiter, digitale Infrastruktur und Online-Plattformen zu beschleunigen. An der Tagung nahmen die Exekutiv-Vizepräsidentin Henna Virkkunen und die japanischen Minister Hisashi Matsumoto (Minister für den digitalen Wandel), Yoshimasa Hayashi (Minister für Inneres und Kommunikation) und Toshiyuki Ochi (parl. Stellv. Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie) teil. Zu den zentralen Beschlüssen zählen u.a. die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Datenstrategie, um die gemeinsame Datennutzung zu verbessern, sowie eine künftige Assoziierung Japans mit Horizon Europe für eine gemeinsame Forschung im Bereich KI. Geplant ist, diese Zusammenarbeit mit Hilfe einer Kooperationsvereinbarung zukünftig weiter zu verfestigen. Im Bereich der Online-Plattform zeichnen die EU und Japan ebenfalls eine Kooperationsvereinbarung, die die Aufsicht der Kommission und Japans im Rahmen der regulatorischen Vorschriften unterstützen soll. Die fünfte Tagung soll 2027 in Tokio stattfinden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_978

Forschung

Horizont Europa; Forschung; ERC; Europäischer Forschungsrat; Nutzung von KI

Der Europäische Forschungsrat (ERC), eine Agentur der EU, die sehr begehrte Förderungen an herausragende Forschende vergibt, hat in neuen Leitlinien den Umgang mit KI-Applikationen zur Bewertung von Förderanträgen geregelt. Dies ist wegen der großen Auswirkungen von KI auf Förderanträge sehr relevant für die Forschungscommunity. Ziel der Leitlinien ist es, die Integrität des Peer-Review-Verfahrens, d.h. der Evaluierung, zu sichern und einen verantwortungsvollen Einsatz von KI zu ermöglichen. Nach Verabschiedung durch den Wissenschaftlichen Rat (Scientific Council) des ERC hat die Kommission diese sodann am 20.04.2026 bekannt gegeben. Als zentrale Prinzipien wurden festgelegt: Bewertungsaufgaben dürfen nicht externalisiert werden und die Vertraulichkeit ist strikt zu schützen. Gutachterinnen und Gutachter bleiben für die Bewertung vollständig verantwortlich. KI darf weder zur Zusammenfassung von Anträgen oder Bewertung der wissenschaftlichen Qualität noch zur Erstellung von Gutachtenentwürfen genutzt werden. Antragsinhalte dürfen nicht in externe KI-Systeme hochgeladen werden. Erlaubt ist nach den Leitlinien nur eine sehr eingeschränkte Nutzung, z.B. zur sprachlichen Überarbeitung von Gutachten oder allgemeinen Informationsrecherche, solange keine sensiblen Inhalte geteilt oder Bewertungsentscheidungen ausgelagert werden.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/erc-clarifies-limits-ai-use-grant-evaluation>

Kommission; Forschungspolitik; Studie zur Mobilität von Forschenden in Europa

Am 27.04.2026 hat die Kommission eine neue Studie vorgelegt, die sich mit der Mobilität von Forscherinnen und Forschern in der EU im globalen Vergleich befasst. Untersucht wurde der lange Zeitraum von 2005 bis 2024. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Mobilität von Forschenden innerhalb Europas im globalen Vergleich hoch ist. Gleichzeitig bestehen weiterhin regionale Unterschiede. Die Mobilität von Forschenden stehe im Zusammenhang mit größeren und diverseren Kooperationsnetzwerken sowie mit höherer wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit. Die Erkenntnisse sind dahingehend relevant, dass die Stärkung von Mobilität für Forschende einer der Schwerpunkte in der gemeinsamen Politik von EU und Mitgliedstaaten im Europäischen Forschungsraum (ERA) ist. Konkret greift auch die sog. ERA Policy Agenda 2025-27, ein strategischer dreijähriger politischer Rahmen, die Thematik als Priorität auf. Wichtigstes Vehikel in der europäischen Forschungspolitik ist das Förderprogramm Horizont Europa, das für die neue Förderperiode ab 2028 neu ausgerichtet wird. Hierzu laufen aktuell die Beratungen in Rat und EP.

<https://european-research-area.ec.europa.eu/era-policy-agenda-2025-2027>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Konsultation Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS)

Am 06.05.2026 hat die Kommission eine Konsultation bis zum 03.06.2026 zur ESRS, sowie zu einem freiwilligen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kleinere Unternehmen eröffnet. Die Verabschiedung der überarbeiteten europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung ist ein wichtiger Schritt zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung in der EU. Die Unternehmen, die weiterhin zur Berichterstattung über Nachhaltigkeitsinformationen verpflichtet sind, werden von einfacheren, gestrafften Standards profitieren. Dies wird den Aufwand für die Unternehmen verringern und die Kosten senken, während die zentralen politischen Ziele gewahrt bleiben.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/17232-Sustainability-reporting-standard-for-voluntary-use_en

EP; Forderung nach Standardsetzung für Finfluencer

Am 30.04.2026 hat das EP eine Entschließung zur Entwicklung von Mindeststandards für „Finfluencer“ verabschiedet (502 Stimmen bei 46 Gegenstimmen und 42 Enthaltungen). Finanz-Influencer stellen für junge Menschen eine wichtige Informationsquelle dar, bringen aber auch Risiken wie versteckte Werbung, Betrug und irreführende Inhalte. Die Abgeordneten fordern eine klare Kennzeichnung bezahlter Kooperationen, leicht verständliche Risikohinweise und eine Offenlegung von Interessenkonflikten. Zudem sollen Plattformen stärker gegen betrügerische Inhalte vorgehen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der Finanzbildung in allen Altersgruppen, um Bürgerinnen und Bürger besser vor Betrug zu schützen und ihnen eine sichere Teilnahme an Finanzmärkten zu ermöglichen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260427IPR42018/finfluencers-standard-setting-in-a-high-risk-environment>

Euro-Gruppe; Erklärungen nach Treffen der Euro-Gruppe

Am 04.05.2026 tagte die Euro-Gruppe, die sich mit den Auswirkungen der Krisen des Nah-Ostkonflikts, der Finanzmarktintegration und Stabilität des Bankensektors sowie mit Maßnahmen zur Förderung von Investitionen und Wachstum in Europa befasste. In der anschließenden Erklärung des Präsidenten Kyriakos Pierrakakis wurde u.a. als Ziel eine stärkere Konsolidierung des europäischen Bankensektors sowie der Ausbau der Kapitalmarktunion betont. Dies solle Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit fördern und bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationen schaffen. Ein besserer Zugang zu Privatkapital, Reformen der betrieblichen Altersvorsorge und die Einführung eines „28. Regimes“ für das Gesellschaftsrecht seien zentrale Hebel, um Wachstum und Innovation in Europa zu fördern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/04/23/council-finalises-90-billion-support-loan-to-ukraine/>

Soziales

EP; Definition von Vergewaltigung als Fehlen von Einverständnis

Am 28.04.2026 verabschiedete das EP mit 447 Ja-Stimmen (bei 160 Nein-Stimmen und 43 Enthaltungen) einen Bericht, der eine gemeinsame EU-weite Definition von Vergewaltigung als Fehlen von freiwilligem, informiertem und widerrufbarem Einverständnis fordert. Mitgliedstaaten, die noch gewaltbasierte Definitionen nutzen, sollen ihre Gesetze an internationale Standards wie das Übereinkommen von Istanbul anpassen. Schweigen, mangelnder Widerstand, vorherige Beziehungen oder Bewusstlosigkeit dürfen nicht als Zustimmung gewertet werden. Trauma-relevante Reaktionen wie Erstarren oder unterwürfiges Verhalten („Fawn“-Reaktion) müssen in Rechtsvorschriften und Rechtsprechung berücksichtigt werden. Das EP betont die Notwendigkeit eines opferzentrierten Ansatzes mit sofortiger medizinischer, psychologischer und rechtlicher Unterstützung, inklusive kostenloser 24-Stunden-Krisenzentren. Gefordert werden zudem verpflichtende Schulungen für Fachkräfte (Polizei, Justiz, Gesundheitswesen). Weiter soll die Kommission im Jahr 2026 EU-Leitlinien für einen umfassenden Sexual- und Beziehungsunterricht sowie für EU-weite Sensibilisierungskampagnen zu Einwilligung, Beziehungen, sexueller Integrität und körperlicher Autonomie vorlegen. Außerdem sollen Maßnahmen gegen Vergewaltigungsmymen, geschlechterfeindliche Inhalte und Incel-Propaganda im Internet vorgestellt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260423IPR41832/vergewaltigung-muss-als-fehlen-von-einverstandnis-definiert-werden>

Kommission; neue Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Am 06.05.2026 stellte die Kommission einen ehrgeizigen Sozialplan vor, der die Armut in der EU bis 2050 beenden und die Rechte von Menschen mit Behinderungen stärken soll. Das Paket umfasst die erste EU-Strategie zur Armutsbekämpfung, einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung der Ausgrenzung von Wohnraum sowie zwei Mitteilungen: zur Überwindung des Kreislaufs der Kinderarmut und zur Stärkung der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bis 2030. Die EU-Strategie zur Armutsbekämpfung zielt darauf ab, das EU-Kernziel des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte zu erreichen: die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis 2030 um mindestens 15 Mio. zu verringern. Dazu gehören hochwertige Arbeitsplätze, wirksamer Zugang zu Dienstleistungen und koordinierte Maßnahmen gegen Armut. Die europäische Garantie für Kinder soll gestärkt werden, um bedürftigen Kindern kostenlosen Zugang zu frühkindlicher Bildung, Gesundheitsversorgung und Schulmahlzeiten zu ermöglichen. Zudem wird eine Europäische Garantiekarte für Kinder erprobt, um den Zugang zu Dienstleistungen zu erleichtern. Zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen plant die Kommission die EU-weite Einführung des europäischen Behindertenausweises und des Parkausweises, die Gründung einer Allianz für ein unabhängiges Leben sowie Investitionen in unterstützende Technologien wie KI-Tools. Die Empfehlung des Rates zur Ausgrenzung von Wohnraum fördert langfristige Lösungen für Obdachlosigkeit und mehr sozialen Wohnraum.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_946

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Konsultation; EU4Health 2027

Die Kommission hat am 04.05.2026 eine öffentliche Konsultation zur Festlegung der Schwerpunkte für das EU4Health Arbeitsprogramm 2027 gestartet. Die Stellungnahmen von Akteuren wie Patientenorganisationen, medizinischem Fachpersonal und der Industrie sollen als wesentliche Grundlage für die strategische Ausrichtung und finanziellen Bedarfe des Arbeitsprogramms dienen. Der Fokus liegt dabei auf fünf zentralen Säulen: Krisenvorsorge und grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen, Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention, Gesundheitssysteme und Gesundheitsfachkräfte, digitale Transformation sowie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und andere nichtübertragbare Krankheiten (NCD). Die Konsultation ist bis zum 12.06.2026 geöffnet.

<https://ec.europa.eu/newsroom/sante/newsletter-archives/74926>

EP; SANT; Sondierungsstudie zur Einbindung von Patienteninteressen in die Gesundheitsforschung veröffentlicht

Am 23.04.2026 wurde eine vom SANT-Ausschuss in Auftrag gegebene Studie des Centre for European Policy Studies (CEPS) zum Thema patientenzentrierte Gesundheitsforschung und -innovation in der EU präsentiert. Obwohl die Bedeutung des Themas innerhalb der EU an Bedeutung gewinnt, sei die Umsetzung in den einzelnen Mitgliedstaaten weiterhin uneinheitlich und fragmentiert. Aus den Ergebnissen werden folgende Empfehlungsbereiche identifiziert: Stärkung der regulatorischen und Governance-Rahmen der EU, um Patientenzentrierung systematisch über den gesamten Lebenszyklus von Gesundheitsforschung und -innovation (F&I) hinweg zu verankern; Finanzierung und Ressourcenzuweisung zur Operationalisierung, Nachverfolgung, Integration und nachhaltigen Umsetzung patientenzentrierter Ansätze; Priorisierung und Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für patientenzentrierte Praxis bei allen Beteiligten; Förderung kontinuierlicher Lernökosysteme sowie Wissenssicherung; Generierung von Evidenz zur Wirkung sowie Schaffung spezieller Plattformen zur Präsentation und Verbreitung bewährter Praktiken.

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Paket zur Vereinfachung der EU-Entwaldungsverordnung

Die Kommission hat am 04.05.2026 ergänzende Leitlinien und Vorschläge zur technischen Vereinfachung der Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) vorgelegt. Ziel ist es, den administrativen Aufwand für Marktteilnehmer zu senken, ohne die Kernziele des Umweltschutzes zu gefährden. Die ergänzenden Leitlinien konkretisieren die praktische Anwendung der EUDR. Durch die Implementierung eines „Low-Risk“-Status und die Einführung eines dreistufigen Länder-Benchmarkings sollen für Regionen mit geringem Risiko die Anforderungen an die Risikoanalyse und Risikominderung massiv reduziert werden. Der Entwurf eines delegierten Rechtsakts enthält Änderungen des Anwendungsbereichs der EUDR. Löslicher Kaffee sowie bestimmte Palmöl-Derivate sollen neu aufgenommen werden. Runderneuerte Reifen sollen nicht erneut der EUDR-Prüfung unterliegen. Es wird klargestellt, dass für bereits gegerbtes Leder innerhalb der EU die Sorgfaltspflicht des "Erst-Inverkehrbringers" (der Gerberei) entscheidend ist. Ferner werden mehrere Ausnahmen vom Anwendungsbereich vorgeschlagen, z. B. bestimmte Verpackungsmaterialien, gebrauchte Produkte und Abfälle.

https://environment.ec.europa.eu/document/download/a3c5c3a0-232e-43c4-b0b8-1eecb1df45c7_en?filename=Report%20from%20the%20Commission%20to%20the%20Council%20and%20Parliament%20on%20the%20EUDR.pdf

Justiz

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU wegen mangelnder Umsetzung der Regeln zur Geldwäsche

Die Kommission hat am 29.04.2026 Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU, FRA und AUT eingeleitet, weil diese Mitgliedstaaten (MS) die Bestimmungen der Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche (Richtlinie (EU) 2018/1673), einschließlich Begriffsbestimmungen und Vorschriften über die Verantwortlichkeit juristischer Personen, nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben. In der Richtlinie werden Straftatbestände und Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen im Zusammenhang mit Geldwäsche festgelegt, um die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zwischen den MS zu erleichtern und zu verhindern, dass Straftäter weniger strenge Rechtssysteme ausnutzen. Die Kommission übermittelt angesichts der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung der Richtlinie, einschließlich der Begriffsbestimmungen und Vorschriften über die Verantwortlichkeit juristischer Personen, Aufforderungsschreiben an die drei MS. Diese müssen nun binnen zwei Monaten reagieren und die aufgezeigten Mängel beheben. Andernfalls kann die Kommission beschließen, mit Gründen versehene Stellungnahmen an sie zu richten.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/vertragsverletzungsverfahren-im-april-verfahren-zu-geldwasche-gegen-deutschland-zum-zustand-der-oder-2026-04-29_de

EP; Entschließung zur wirksamen Bekämpfung von Cybermobbing

Das EP hat am 30.04.2026 eine Entschließung angenommen zu der Notwendigkeit gezielter strafrechtlicher Bestimmungen und der Verantwortung der Plattformen, Cybermobbing und Belästigung im Internet wirksam zu bekämpfen. Es stellt fest, angesichts der steigenden Zahlen von Cybermobbing und Foto- oder Video-Belästigung online seien bestehende Maßnahmen unzureichend. Es fordert die Kommission auf zu untersuchen, inwiefern eine EU-weite Definition von Cybermobbing nötig ist und ob Mobbing im Internet als EU-Straftat

gelten soll. Hasskriminalität sei als EU-Straftat anzuerkennen, was die schwerwiegendsten Fälle von Cybermobbing abdecken könnte. Die Abgeordneten bedauern den derzeit fehlenden Rechtsrahmen zur Aufdeckung von Material zu sexuellem Kindesmissbrauch im Internet und rufen die Kommission dazu auf, rasch dafür zu sorgen, dass Plattformen sogenannte freiwillige Meldesysteme einführen. Die Plattformen seien dazu verpflichtet, einen sicheren digitalen Raum für Kinder zu gewährleisten. Das EP kritisiert Empfehlungssysteme, die Hasskommentare begünstigen und weniger polarisierende Inhalte in den Suchergebnissen zurückstufen. Es fordert eine stärkere Durchsetzung des Schutzes von Minderjährigen nach dem Gesetz über digitale Dienste (DSA) und ist besorgt über den zunehmenden Missbrauch von Künstlicher Intelligenz (z.B. zur Erstellung von Deepfakes und Verbreitung nicht einvernehmlicher, intimer Inhalte). Das EP betont die Notwendigkeit, Schutz und Unterstützung für Opfer von Cybermobbing zu verstärken.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260423IPR41845/parlament-fordert-massnahmen-gegen-cybermobbing>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0163_DE.html

In n e r e s

EP; Abkommen über Fluggastdaten mit Norwegen und Island gebilligt

Das EP hat am 29.04.2026 den Abkommen über die Übermittlung von Fluggastdaten (PNR) aus der EU an Norwegen und Island zur Verhütung und Aufklärung schwerer Straftaten und terroristischer Handlungen zugestimmt. Entsprechende Fluggastdaten können Reisedaten und Reiserouten der Passagiere, Kontaktdaten, Sitzplatznummern oder Informationen zum Gepäck sein. Die beiden Abkommen legen die Regeln für die Übermittlung der Daten an Norwegen und Island fest. Insoweit wird die Verarbeitung der Daten auf die Aufdeckung und Verhütung schwerer Straftaten und von Terrorismus beschränkt und die Verarbeitung sensibler Daten verboten. Nach dieser Zustimmung des EP kann nun der Rat die endgültigen Beschlüsse zum Abschluss der Abkommen fassen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260424IPR41926/air-passenger-data-agreements-with-norway-and-iceland-approved>

EuGH; Bei Abschiebungen wegen Torgefahr kann ein unbefristetes Einreise- und Aufenthaltsverbot zulässig sein

In seinem Urteil vom 23.04.2026 in der Rechtssache C-446/24 (Freie Hansestadt Bremen) hat der EuGH entschieden, dass die Rückführungs-RL (2008/115/EG) im Grundsatz eine nationale Regelung erlaubt, wonach gegen einen illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen – gegen den eine Rückkehrentscheidung wegen Torgefahr erlassen wurde – in der Regel auch ein unbefristetes Verbot der Einreise zu erlassen ist; die nationale Regelung müsse aber eine effektive Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls ermöglichen. Gegenstand des Verfahrens war die deutsche Regelung des § 11 AufenthG. Laut EuGH habe nun das Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen als vorlegendes Gericht zu prüfen, ob § 11 AufenthG eine solche effektive Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls tatsächlich ermöglicht. Der Kläger des Ausgangsverfahrens war aus DEU abgeschoben worden, weil die Gefahr bestehe, dass er in DEU einen Terroranschlag begehe. Gestützt auf § 11 AufenthG war ihm deswegen dann auch ein unbefristetes Einreise- und Aufenthaltsverbot für DEU auferlegt worden.

<https://infocuria.curia.europa.eu/tabs/document/C/2024/C-0446-24-00000000RP-01-P-01/ARRET/319617-DE-1.html>

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

22.05.2026	Rat Euro-Gruppe
22.05.2026	Rat Gipfeltreffen EU-Mexiko
22.05.2026	Rat Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
22.-23.05.2026	Informelle Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister

Europäische Kommission

21.-22.05.2026	12. Forum für Energieinfrastruktur - Beschleunigung der Finanzierung und Lastenteilung für grenzüberschreitende Strominfrastrukturprojekte - Vom Risiko zur Resilienz: Politik, Finanzwesen und Industrie für die Skalierung von Wasserstoff abstimmen - Stromnetze als zentrale Wegbereiter der Elektrifizierung: Sicherstellung eines zeitnahen Netzzugangs durch effiziente Netznutzung und -planung - Erschwingliche und fesselnde Netzerweiterung
----------------	--

Europäisches Parlament

Europäisches Parlament Plenarsitzung in Straßburg 18.-21.05.2026

- Eindämmung der negativen handelsbezogenen Auswirkungen globaler Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union
- Chancen und Herausforderungen einer umfassenden Strategie für künstliche Intelligenz für den Handel der EU
- Fortschritte in Richtung Pflege- und Betreuungsgesellschaft: Überwindung des geschlechtsspezifischen Gefälles bei Betreuungs- und Pflegeaufgaben
- EU-Steuerung unter Druck – Institutionelle Antworten auf globale Herausforderungen - Anfragen zur mündlichen Beantwortung
- Forschungsfonds für Kohle und Stahl: Forschungsprogramm und mehrjährige technische Leitlinien und mehrjährige Finanzleitlinien
- Mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Lebens und Futtermittel sowie Änderung der Verordnung (EU) 2017/625
- Erzeugung und Inverkehrbringen forstlichen Vermehrungsguts
- Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum: Nutzung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn - Empfehlung für die zweite Lesung
- Überprüfung ausländischer Investitionen in der Union
- Empfehlung zur 81. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen

- Was Europa ausmacht — Aussprache mit der Ministerpräsidentin von Lettland, Evika Siliņa
- Abkommen über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union einerseits und der Republik Usbekistan andererseits
- Internationales Übereinkommen über Olivenöl und Tafeloliven: Änderung des Artikels 36
- Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Cyberkriminalität
- Abkommen zwischen der EU und Libanon über die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und den für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zuständigen Behörden Libanons
- Abkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada zur Festlegung der Bedingungen für die Beteiligung von kanadischen Rechtsträgern und Gütern mit Ursprung in Kanada an Beschaffungen im Rahmen des SAFE-Instruments
- Erforderliche Reaktion der EU im Hinblick auf die Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte sowie auf die missbräuchliche Verwendung von EU-Mitteln in der Slowakei – Entschließungsanträge
- Rechte, Unterstützung und Schutz von Opfern von Straftaten
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit
- Europäische Bürgerinitiative „Stop Destroying Videogames“ (Zerstörung von Videospielen stoppen)
- Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser und Risiken für die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln - Entschließungsanträge

Europäischer Gerichtshof

20.05.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-394/25 Volta – Integrationsprüfung im Ausland vor Familiennachzug in die NDL

21.05.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-198/24 Mr. Green – Rückforderung von Glücksspielverlusten (AUT)

21.05.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-483/23 T Trust – Einfrieren der in einen Trust eingebrachten Vermögenswerte: Gelisteter Begründer (ITL)

21.05.2026

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-428/24 FZ AR und C-476/24 SX (Einfrieren der in einen Trust eingebrachten Vermögensgegenstände) – Einfrieren der in einen Trust eingebrachten Vermögenswerte – Gelisteter Begünstigter (ITL)

21.05.2026

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-684/24 Across Fiduciaria u. a. und C-685/24 Unione Fiduciaria u. a. – Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung: Treuhandaufträge (ITL)

21.05.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-717/24 Sociálna poisťovňa (Altersrente eines Bergmanns unter Tage) – Altersrente nach Tätigkeit in mehreren Mitgliedstaaten (SLK)

21.05.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-730/23 POL / DEU (Verbringung von Abfällen) – Verbringung von Abfällen aus DEU nach POL

21.05.2026

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-189/25 Virus II – Lobautunnel: Straßenbauvorhaben S 1 Wiener Außenring

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 26.05.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA